

FDP.Die Liberalen, Postfach 2735, 5001 Aarau

Aarau, 20. Januar 2011

Departement Gesundheit und Soziales  
Frau Regierungsrätin Susanne Hochuli  
Bachstrasse 15  
5001 Aarau

### **Anhörungsverfahren zur Beteiligung des Kantons an den Restkosten der Pflegefinanzierung im Jahr 2011; Grosskredit**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Die FDP.Die Liberalen bedankt sich für die Zustellung der Anhörungsunterlagen. Gerne lassen wir Ihnen nachstehend unsere Stellungnahme zukommen.

#### **1. Ausgangslage**

Am 13. Juni 2008 haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung verabschiedet, das seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist. Das neue Pflegegesetz verfolgt den Grundsatz „stationäre Spitalbehandlung beim Kanton und Langzeitpflege bei den Gemeinden“. Die Umsetzung der neuen Spital- und Pflegefinanzierung erfolgt jedoch gestaffelt, weshalb die Gemeinden 2011 sowohl neu die Restkosten der Pflegefinanzierung zu tragen haben als auch wie bis anhin sich an den Spitalkosten zu beteiligen haben. Diese zusätzliche Belastung hat dazu geführt, dass viele Gemeinden für das Jahr 2011 ein Defizit ausweisen, was für Unmut gesorgt hat.

Der Regierungsrat sieht nun vor, dem Grossen Rat einen Grosskredit für einen einmaligen Nettoaufwand vorzulegen, damit der Kanton sich für das Jahr 2011 mit 23 Millionen Franken hälftig an den erwarteten Restkosten von insgesamt 46 Millionen Franken beteiligt.

#### **2. Stellungnahme der FDP**

Die FDP.Die Liberalen sind mit der Beteiligung des Kantons an den Restkosten der Pflegefinanzierung 2011 in der Höhe von 23 Millionen Franken einverstanden. Zum einen wäre es bei einem zügigeren Vorgehen des Kantons möglich gewesen, das Auseinanderklaffen der Einführungszeitpunkte von Spital- und Pflegefinanzierung und damit die Doppelbelastung für Gemeinden zu vermeiden. Zum anderen steht mit der Steuergesetzrevision ein wichtiges Projekt für die Standortattraktivität des Kantons Aargau an. Diese Revision ist auch auf die Unterstützung der Gemeinden angewiesen sein, weshalb es angezeigt ist, dass der Kanton den Gemeinden gegenüber als verlässlicher Partner auftritt und die Last der einmaligen Doppelbelastung mindert.

Die FDP.Die Liberalen unterstützen eine konsequente Aufgabenentflechtung in dem Sinn, dass



Entscheid- und Finanzierungskompetenz zusammengelegt werden und sehen deshalb der regierungsrätlichen Absicht für entsprechende Reformen positiv entgegen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Aargau

Thierry Burkart  
Präsident

Titus Meier  
Ressortleiter Gesundheit und Soziales